

## Kriegerheimstätten.

Herr Bürgermeister Dr. Luppe-Frankfurt schreibt uns: Der „Hauptausschuß für Kriegerheimstätten“ tritt in seiner Erwiderung auf meinen Artikel so sehr den Rückzug an, daß von seinen Prinzipien fast nichts mehr übrig bleibt. Er will keine Versprechungen gemacht und die Heimstätten nicht als Heilmittel gegen eine etwaige Wohnungsnot nach dem Kriege hingestellt haben. Wenn jetzt zugegeben wird, daß diese etwaige Wohnungsnot mit der Heimstättenfrage absolut nichts zu tun hat, sondern auf anderem Wege gelöst werden muß, so wird das die Diskussion wesentlich erleichtern; denn in den Druckschriften und der Agitation ist seitens des Ausschusses stets die Wohnungsnot nach dem siebziger Kriege als Ausgangspunkt benützt. Wenn jetzt weiter zugegeben wird, daß die Siedlungsform nach der örtlichen Entwicklung verschieden sein kann, wenn die Form nur die Auffaugung der Vorteile durch die Grundrente ausschließt, so ist schlechterdings nicht einzusehen, weshalb dann ein Heimstättengesetz notwendig ist; denn die Heimstätte ist nur eines der sehr zahlreichen Mittel gegen die Steigerung der Grundrente, und keineswegs das beste. Die gesamte Bautätigkeit von Staat und Gemeinden, vor allem die gesamte gemeinnützige Bautätigkeit leisten das gleiche, aber auch Erbbaurecht, Vergebung zu Eigentum durch die Gemeinden mit Wiederkaufsrecht oder mit Bindung des Mieters führen zu dem gleichen Ziel, und es wird niemand bestreiten können, daß hier schon Große geleistet ist, das lediglich der energischen Fortführung bedarf. Auf die beanspruchte Unterscheidung zwischen Kriegern und Nichtkriegern endlich geht die Antwort nicht ein, sollte auch diese jetzt fallen gelassen werden? Dann bleibt freilich überhaupt nichts mehr von den „Kriegerheimstätten“ übrig.